doch nicht abwegig, Th. Nipperdeys *Deutsche Geschichte 1800–1866*² oder den dritten Band von H.-U. Wehlers *Deutscher Gesellschaftsgeschichte*³ analytisch fruchtbar zu machen für einen Zeitraum, in dem Tirol Bestandteil des Deutschen Bundes war und damit – in regionalspezifischer Ausprägung – übergreifenden Strukturbedingungen und Entwicklungsprozessen unterlag. Es hätte ein Blick ins mehrseitige Inhaltsverzeichnis von W. Siemanns *Gesamt-Deutung der ersten zwei Drittel deutscher Geschichte im 19. Jahrhundert* gereicht⁴, um sich von der Fülle der aufgefächerten Themenfelder zur Frage anregen zu lassen, ob und inwiefern das dort Beschriebene-Analytierte auch die Tiroler Verhältnisse auf den Begriff bringen kann. Denn nur aus dem Ver- und Abgleich des Besonderen mit dem Allgemeinen kann die genuine Erkenntnis einer Landes-/Regionalgeschichte erwachsen, die aus der Kenntnis des Konkreten heraus das modifizieren kann, was der Allgemeinhistoriker in der Überschau nicht mehr sieht.⁵

Und einen derartigen idealtypischen Anspruch braucht man ja auch nur annäherungsweise-pragmatisch einzulösen. Man muß doch keineswegs, wenn man nicht will, mit den elaborierten sektorspezifischen Begriffsderivaten wie „Take-off“, „Leitsektoren“, „Urbanisierung“, „Partizipationsschwelle“, „Medien- und Kommunikationsrevolution“, „Ressourcenverbrauch“, „Wertehorizonte“ oder „Geschlechterdichotomie“ hantieren, um über Wirtschaft, Verfassung, Politik, Gesellschaft, Alltag und Umwelt präziser und interessanter zu schreiben. Aber man wird beispielsweise verlangen dürfen, daß für die Analyse der neoabsolutistischen Reformmaßnahmen der Leitbegriff „Modernisierung“ explizit definiert und systematisch sektorspezifisch operationalisiert wird – und nicht abwertend-beiläufig in der Peripherie des Textes versackt.⁶ Ein gutes Epochen-Gemälde entsteht, so hat einer der angeführten Großmeister sinngemäß formuliert,

Emanzipation in der Habsburgermonarchie (Österreichische Geschichte 1804–1914, hg. von Herwig WOLFRAM), Wien 1997; Roman SANDGRUBER, *Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart* (Österreichische Geschichte hg. von Herwig WOLFRAM, Bd. 10), Wien 1995.

- 2 Thomas NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1983.
- 3 Hans-Ulrich WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Band 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914, München 1995.
- 4 Wolfram SIEMANN, *Vom Staatenbund zum Nationalstaat. Deutschland 1806–1871* (Neue Deutsche Geschichte 7), München 1995.
- 5 Statt einzelner Nachweise vgl. demnächst Thomas GÖTZ, *Bürgertum und Liberalismus in Tirol 1840–1873. Zwischen Stadt und ‚Region‘, Staat und Nation* (Italien in der Moderne Band 10), Köln 2001.
- 6 „Ziel dieser Verwaltungsreform war außerdem [sic] eine gewisse ‚Modernisierung‘ [...]“ (S. 45). „Es wurde wohl ein sozioökonomischer Wandel eingeleitet, an dessen Ende der Übergang von traditionellen zu ‚modernen‘ Formen des Wirtschaftsstand [...]“ (S. 97).

wenn sich durch möglichst differenzierte Abschattierung eine nahezu unendliche Vielfalt an Grautönen bildet. Dafür ist ein gut bestückter (Begriffs-)Griffelkasten nicht von Nachteil.

Andere und vielleicht bessere Bilder zu skizzieren, kann hier nur andeutungsweise geschehen. Das politisch-administrative System des Neoabsolutismus war im Kern einerseits nachholend eine defensive, etatistisch-bürokratische, strukturelle Modernisierungspolitik (funktional äquivalent zu den Reformen in den Rheinbundstaaten etwa ein halbes Jahrhundert zuvor). Zur Steigerung ökonomisch-militärischer und politischer Leistungsfähigkeit im europäischen Mächtekonkurrenz wie im Deutschen Bund setzten die neoabsolutistischen Ministerien auf eine vorsichtig dosierte, stets kontrollierte und fallweise wieder rigide unterdrückte partielle Mobilisierung gesellschaftlicher Potentiale. Gemeindefürsorge, Dreiklassenwahlrecht, Handels- und Gewerbekammern und substantielle Bildungsreformen sollten ein eingeebnet-dynamisches wie loyal-diszipliniertes Staats-Bürgertum befördern, dem politische Mitbestimmung auf regionaler und auf gesamtstaatlicher Ebene freilich konsequent verwehrt wurde. Autoritäre Integration ohne substantielle Partizipation – an diesem Widerspruch scheiterte der Neoabsolutismus im ersten Moment echter äußerer Herausforderung in Deutschland und Europa. Andererseits waren diese zehn Jahre nichts weiter als die österreichische Variante gegenrevolutionärer „Reaktion“, die als politisches System im gesamten Deutschen Bund nach der Revolution von 1848/49 die entstandene politische Öffentlichkeit mit Hilfe eines gut koordinierten geheimen „Polizeivereins“ überwachte, unterdrückte und zerschlug.

Den skizzierten übergreifenden Problemhorizont auch für regionalgeschichtliche Fragestellungen aufzuspannen, wäre ja keineswegs aufwendig gewesen, sondern hätte lediglich eine eklektisch-originelle Adaption von bereits woanders Gesagtem verlangt.⁷ Dabei kommt zur fehlenden (Forschungs-)Kontextualisierung ein zweites Manko hinzu: die unhinterfragte Reproduktion der etatistischen Perspektive auf der Basis der staatlichen Archivalien-Überlieferung (daß im übrigen der Bestand „Geheime Präsidialakten“ als österreichisch-tirolische Dokumentations-Variante im gesamtdeutschen System der Polizeivereinsstaaten zu sehen ist, erfährt der Leser von Schober nicht⁸). ‚Gesellschaft‘ – das ist bei Schober daher bestenfalls

7 Die Ambivalenz der Epoche zwischen der Revolution 1848/49 und der kleindeutschen Nationalstaats-Gründung 1871 hat bereits vor zehn Jahren eine grundlegende Darstellung erhalten, vgl. Wolfram SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849–1871*, Frankfurt/M. 1990, Kap. II: „Das politische System der Reaktion“ (S. 25–88); III. „Gesellschaft im Aufbruch“ (S. 89–267).

8 Vgl. Wolfram SIEMANN, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“. Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866, Tübingen 1985.

eine vom bürokratischen Regelungs- und Überwachungsapparat ausgefüllte Restgröße. Kommunale Archivbestände oder Nachlässe hat Schober nicht eingesehen; Zeitungen sind in ihrem genuinen Quellenwert als mediale Kristallisationen sozialmoralischer Milieus gar nicht erkannt worden. Stattdessen wird der abgebremste gesellschaftliche Aufbruch der frühen nachrevolutionären Phase nicht nur einmal – bis in die Wortwahl hinein – quellen-unkritisch aus der Perspektive reaktionär-bürokratischer Gängelung kommentiert.⁹ Weil Schober die gesamte deutsche und österreichische Bürgertums- und Liberalismusforschung ignoriert¹⁰, fallen Kommunalparlamente, Handels- und Gewerbekammern und Vereinswesen als Orte der Vergesellschaftung des nachständischen Bürgertums erst gar nicht auf. Nebulös bleibt dementsprechend die (kurze) Rede von „der marginalen, nur teilweise liberal gesinnten Oberschicht in den Städten“ (S. 10) und den „freisinnigen Konstitutionalisten, die ihre Machtbasis vor allem in der Hochbürokratie und im höheren Bürgertum hatten“ (S. 43). Doch dafür hat Schober sowieso wenig übrig. Die durchaus benennbare institutionelle Machtgrundlage bürgerlich-liberaler Herrschaft in der Stadt aber – die Gemeindegeldverwaltung auf der Grundlage eines Dreiklassenwahlrechts¹¹ – wird von ihm verkannt und darüber hinaus als revolutionär-„untirolisch“ abqualifiziert¹²; sie paßt halt nicht ins altbekannt-unwandelbare Klischee von der „größtenteils konservativ eingestellte[n] Tiroler Bevölkerung“ (S. 9). Daß in Innsbruck und Bozen 1861 mit Carl Adam und Joseph Streiter auf der Grundlage der reaktivierten nachrevolutionären Gemeindeverfassung zwei ausgewiesene Liberale an die Stadtspitzen gewählt wurden, hätte doch das Interesse für den sozialen Wandel städtischer Eliten wecken können. Nicht von ungefähr begrüßten die maßgeblichen liberalen Zeitungen beider Sprachgruppen, die „Inns-

9 So gab es „nur drei Journale in Tirol, die die Grenzen des politisch Erträglichen überschritten“ (S. 15); ferner spricht er von der „Hetze der liberalen ‚Innsbrucker Zeitung‘ [...]“ (S. 232); „Unter der Decke wühlten die Intelligenz und die Geistlichkeit“ (S. 316; zu den Autonomiebestrebungen im Trentino). Daß „am Grundsatz der einer gewissen Pressefreiheit im Rahmen der Einschränkungen des Pressegesetzes [...] festgehalten wurde“ (S. 262), da die Gerichte eine strafrechtliche Verfolgung nur in wenigen Fällen vornahmen, ist eine Fehleinschätzung, die Schober schon anhand der ihm bekannten Fälle in Kenntnis des differenzierten Instrumentariums nachmärzlicher Pressekontrolle (vgl. zusammenfassend SIEMANN, *Gesellschaft im Aufbruch*, S. 67–77: Solidar-(Kollektiv)haftung, Beschlagnahmungen, Konzessionsentzug und Kautions etc.) hätte vermeiden können.

10 Vgl. hier nur überblicksweise Hellmut SEIER, *Liberalismus und Bürgertum in Mitteleuropa 1850–1880. Forschung und Literatur seit 1970*. In: Lothar GALL (Hg.), *Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert* (Historische Zeitschrift, Sonderheft 17), München 1997, S. 131–229.

11 Vgl. hierzu, von Schober nicht herangezogen, das Standardwerk von Jiří KLABOUCH, *Die Gemeindegeldverwaltung in Österreich 1848–1918*, München/Wien 1968.

12 „Die Verbreiterung der Rechte der Gemeinde, und zwar im exzessiven[!] Sinne, gehörte nämlich zum Inventar der Revolution [...]. Auf die spezifischen Tiroler Verhältnisse nahm das Gesetz keineswegs Rücksicht.“ (S. 26)

brucker Zeitung“ und der „Giornale del Trentino“, trotz anfänglicher Kritik an der Ökonomisierung und der beamtlich überformten Privilegierung des Wahlrechts, die neue Gemeindeverfassung; in Innsbruck bildeten Handwerker, also der „alte Mittelstand“, einen beachtlichen Teil des liberalen Wählerpotentials. Die von Schober referierte, bald behördlicherseits monierte Gleichgültigkeit an der Gemeinderätigkeit (S. 28 f.) lag maßgeblich – das bleibt unerwähnt – an massiven bürokratischen Eingriffen und der Aussetzung der Gemeindewahlen, welche Bürgerausschuß und Magistratsangehörige zu langjähriger Passivität bei verordnetem Amtsverbleib zwang. Daß gerade die neoabsolutistische Bürokratie die dynamischen Kräfte der Gesellschaft nie aus dem „langen Schatten des Staates“ (Ernst Hanisch)¹³ heraustreten lassen wollte und die Entwicklung einer Zivilgesellschaft in Österreich solcherart behindert und vergleichsweise verzögert wurde, kann für Schober demnach auch nicht zur diskussionswürdigen Leitperspektive werden.

Die Liste vergleichbarer Monita ließe sich leider verlängern. Daß beispielsweise die neoabsolutistische Forstpolitik in Tirol nicht im Kontext der „vorindustriellen Umweltkrise“, des exzessiven Raubbaus am Wald und der damit einhergehenden sozialen Konflikte der Waldnutzer analytisch verortet wird¹⁴, mag man noch nachsehen. Ein Vergleich des reaktionären österreichischen Antikonstitutionalismus (samt Konkordat) mit der Verfassungspolitik anderer deutscher Bundes-Staaten wäre dagegen unabdingbar gewesen, um den Reputationsverlust des Regimes im Deutschen Bund zu charakterisieren und die Rückständigkeit des altständischen Überhangs in Tirol auf den Punkt zu bringen.¹⁵

Gerade die Verfassungsgeschichte demonstriert zudem die Verhaftung in einer mittlerweile überwunden geglaubten sprachgruppenspezifischen Perspektive. Daß der verbliebene ständige Ausschuß des Tiroler Landtags kompromißlos jede Teilautonomie „Welschtirols“ in Form einer eigenen Kreisverwaltung ablehnte, den Versuch einer nationalitätengerechten Dezentralisierung hintertrieb und damit die kooperationswilligen Italienischsprachigen verprellte, wird vor dem untergründig kolportierten Ideal

13 Vgl. Ernst HANISCH, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert* (Österreichische Geschichte 1890–1990 hg. von Herwig WOLFRAM), Wien 1994; DERS, *Ambivalenzen der Modernisierung. Die Formierung der politischen Lager in den „Alpenländern“*. In: Helmut RUMPLER (Hg.), *Innere Staatsbildung und gesellschaftliche Modernisierung in Österreich und Deutschland*, Wien/München 1991, S. 176–185.

14 Vgl. hier nur zusammenfassend SIEMANN, *Staatenbund*, 131 ff., „Der Umgang mit der Natur: die ökologische Revolution“, hier bes. S. 144 f.

15 Der Verfassungs-Experte Schober hätte hierfür doch auf Ernst Rudolf HUBERS altherwürdige Verfassungsgeschichte oder die entsprechenden, durchweg instruktiven Kapitel der angeführten neueren Gesamtdarstellungen zurückgreifen können.

der „Landeseinheit“ nur ungenügend herausgearbeitet (S. 21; vgl. auch S. 35). Auch sonst wird Schober der Entwicklung „Welschtirols“ nicht gerecht, das im Buch letztendlich nur als nationalistischer Zappelphilipp am gemeinsamen Tiroler Tisch Unruhe stiftet. Hier erscheint die unkritische Übernahme der Behörden-Perspektive als besonders obsolet, zumal das nationalistische Kampfbuch von Michael Mayr über den Irredentismus (1916/17)¹⁶ nicht die Beschäftigung mit der sozialgeschichtlich-ideologischen Genese ‚nationalen Erwachens‘ im „Trentino“ ersetzen kann. Tatsächlich aber waren die Bestrebungen für eine nationale Autonomie des italienischsprachigen Landesteils weit heterogener und auch keineswegs per se österreichfeindlich; mit der oktroyierten Märzverfassung von 1849, den vorgesehenen Kreisvertretungen und den von der Gemeindegewalt avisierten Handlungs-Freiräumen vor Ort hatte die Habsburgermonarchie in einer gemischtnationalen Provinz ein Integrationspotential, das der vertrauenszerstörende Rückwärtsgang des Neoabsolutismus dann unrevidierbar verschenkte. Da Schober aber bei diesem Themenkomplex jeden Bezug zu differenzierenden Nationalismus- und Regionalismus-Studien unterläßt, bewegen sich seine Ausführungen auf dem Bewertungsstand der Zwischenkriegszeit.¹⁷ Die frühen kulturnationalen Selbstfindungsversuche eines Giovanelli oder Gar rekurrierten auf die Geschichte des Fürstbistums oder stadtbürgerliche Freiheiten und hatten in erster Linie anti-tirolische Stoßrichtung; sie als Beginn „jene[r] geschichtsentstellende[n] Literatur“ zu bezeichnen, „die ihren Höhepunkt in Tolomei finden sollte“ (S. 304), ist abwegig und reproduziert die Mayrsche Feindbild-Teleologie aus dem Ersten Weltkrieg. Publizistik, Presse und (national-)politische Positionen im Umfeld der *comitati* der 48er-Revolution hätten die Vielfalt der Optionen erkennen lassen; gerade die Forderung nach einem eigenen Kronland wurde von habsburgtreuen Konstitutionalisten erhoben¹⁸, denen die reaktionäre Wende von 1849/51 den Boden entzog, die für die Verhärtung der frühen 1860er Jahre mitverantwortlich war. Wenn also, wie Schober selbst ein-

16 Michael MAYR, *Der italienische Irredentismus. Sein Entstehen und seine Entwicklung vornehmlich in Tirol*, Innsbruck 1917.

17 Vgl. hierzu mit konkretem Themenbezug: Reinhard STAUBER, „Italia“ und „Germania“ – Konstruktionen im Alpenraum. In: Dieter LANGEWIESCHE/Georg SCHMIDT (Hg.), *Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg*, München 2000, S. 327–344. DERS., „Natur“ und „Politik“. Aufklärung und nationales Denken im italienischen Tirol 1750–1820. In: Dieter ALBRECHT/Karl Otmar Freiherr von ARETIN/Winfried SCHULZE, (Hg.), *Europa im Umbruch 1750–1850*, München 1995, S. 103–123.

18 So hat sich Giuseppe Conte Festi, österreichischer Reichsratsabgeordneter, im Oktober 1848 intern vehement dagegen gewandt, die revolutionäre Situation in Wien auszunutzen und auf die Linie der pro-savoyischen Emigranten einzuschwenken, da dies das Autonomieverlangen nur diskreditieren könne: „[...] a nome anche degli altri Sig. Colleghi mi trovo in dovere di

räumt, auch *austriacanti* für eine Autonomie waren, ist ihre Subsumtion unter das Phänomen „Irredentismus“ – das doch den Kampf für die „Erlösung“ von der österreichischen Herrschaft impliziert – unhaltbar.¹⁹

Unter dem Strich ist das Buch eine Enttäuschung.²⁰ Es hat, bei allem Respekt vor der Arbeitsleistung des Autors, die Potentiale kontextualisierter landes-/regionalgeschichtlicher Forschung verschenkt – nämlich die Adaption, Überprüfung und Modifikation allgemein- und makrogeschichtlicher Interpretamente im überschaubaren Rahmen der Region. Dieses Epochen-Bild gehört nicht in eine Galerie Tiroler Geschichte im 19. Jahrhundert, sondern in die Asservatenkammer.

replicare, che il solo desiderio di conservare l'Istituto della Dieta ci anima a sprezzare tutti i pericoli del momento; ma che reputiamo ben fatale ai circoli da noi rappresentati se approfittassimo della confusione e del disordine per capire speciali concessioni, che contrastate dai nostri profughi inappresso, offrirebbero loro un'arma potente per denigrarci in faccia al potere.“ (Museo del Risorgimento e della Lotta per la Libertà, Atti CP Trento 1848, Nr. 40, Festi an Comitato Patrio Trient, Wien, o. D. (angekommen: 26.10.1848), im Original unterstrichen). Nach der ersten, positiven Entscheidung des Verfassungsausschusses schrieb Festi seinen Wählern, ihr strikter Legalitätskurs solle demonstrieren, „[...] che il nostro territorio non vuole altro che la liberazione dal giogo di Innsbruck, e che un'organizzazione intera pura e nazionale ci conferma nel nostro attaccamento alla Monarchia ed alla Dinastia [...].“ (Biblioteca Comunale di Trento, Ms. 2383, N. 7, Festi an Soc. patr., Kremsier, 30.1.1849).

19 Vgl. auch S. 341. Die aus der konterrevolutionären Behördenperspektive übernommene Stigmatisierung der italienischsprachigen Abgeordneten ist doch wohl kritisch zu hinterfragen (beispielsweise mit Quellenmaterial anderer Provenienz); in diesem Zusammenhang außerdem die 1848 ungebräuchliche Vokabel „irredentistisch“ zu bemühen (S. 310), ist schlicht unhistorisch.

20 Weitere kritikwürdige Einschätzungen können hier nicht diskutiert werden. Daß z.B. die wirtschaftlichen Leitvorstellungen im Metternichschen Österreich „von liberalen Tendenzen geprägt“ gewesen sein sollen (S. 93), ist nicht nachvollziehbar.

Andrea Bonoldi, *La fiera e il dazio. Economia e politica commerciale nel Tirolo del secondo Settecento*

(Collana di monografie edita dalla Società di Studi Trentini di Scienze Storiche 61) Trento: Temi editore 1999, 440 Seiten.

Der trockene Titel mag abschrecken: „Messen und Zölle“ gehören zu jenen Themen der Wirtschaftsgeschichte, um die all jene Leser, die genuin wirtschaftshistorischen Fragen wenig abgewinnen können, lieber einen weiten Bogen schlagen. Und tatsächlich stellt die Lektüre des neuen Buches von Andrea Bonoldi erhebliche Ansprüche. Seine quellengesättigte, theoretisch informierte Darstellung, gespickt mit Statistiken und Fachtermini, verlangt auch Fachhistorikern gedankliche Anstrengung ab. Wer jedoch die Grundargumente des Buches, seine Kernfakten und -thesen, zum Leitfaden nimmt, wird durch einen vertieften Blick auf die „Sattelzeit“ des späteren 18. Jahrhunderts und eine stringente Perspektive auf Grundfragen der Landesgeschichte sowie der regionalen Entwicklung der Habsburgermonarchie für alle Mühen voll entschädigt.

Die Zollpolitik stand in der Regierungskonzeption des „Aufgeklärten Absolutismus“ von Maria Theresia (1740–1780) und ihres Sohnes Joseph II. (1780–1790) im Zentrum staatlicher Wirtschaftsordnung und -förderung. Mit ihrer Hilfe suchten die Regierungen der Monarchen die heterogenen Erbländer der Habsburgermonarchie zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum zusammenzufassen und dessen Leistungsfähigkeit zu steigern. Die durch verkehrstechnische Hindernisse und geringe wirtschaftliche Verflechtung erschwerten Marktbeziehungen zwischen den ausgedehnten habsburgischen Territorien sollten durch den schrittweise erfolgenden Abbau von Binnenzöllen wesentlich verbessert werden. Spätmerkantilistisch inspirierte Wirtschaftstheoretiker und Regierungsbeamte, schließlich auch die Monarchen selbst versprachen sich von Zollreformen wesentliche Integrationsfortschritte: engere Verknüpfung der Regionen, Förderung wirtschaftlichen Wachstums durch verbesserten Schutz der Binnenmärkte, Erhöhung der Zolleinnahmen und die Senkung von Verwaltungskosten. Weit mehr als heute waren Zölle Grundinstrumente wirtschaftspolitischer Steuerung und zudem ein Hauptposten der öffentlichen Einnahmen. 1750 machten die Zollgefälle in Tirol rund 30% der landesfürstlichen Einnahmen aus; ihre Bedeutung blieb bis weit ins 19. Jahrhundert konstant.

Eine Zwischenetappe auf dem Weg zur Zollunion der habsburgischen Länder wurde mit der Aufhebung der meisten Binnenzölle 1775/1784